

Kantonsrat des Kantons Zug
Stefan Moos
Kantonsratspräsident
Regierungsgebäude
Seestrasse 2
6300 Zug

Vorlage Nr. 3951.1
Laufnummer 18248
Eingang 2. Juli 2025

Zug, 02. Juli 2025

Interpellation der Alternativen – die Grünen Zug: Beteiligung Zuger Unternehmen am Tiefseebergbau und deren Auswirkungen

Sehr geehrter Herr Ratspräsident
Lieber Stefan

Der Tiefseebergbau, insbesondere der Abbau von Manganknollen in internationalen Gewässern, birgt erhebliche Risiken für die marine Biodiversität und das globale Ökosystem. Internationale Organisationen und Wissenschaftler warnen eindringlich vor potenziell irreversiblen Schäden, die durch solche Aktivitäten entstehen können. Seit 2023 unterstützt die Schweiz gemeinsam mit über 30 weiteren Staaten ein Moratorium für den Tiefseebergbau. Ziel ist es, den Abbau auszusetzen, bis ausreichende wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen.¹

Auf Grundlage des 1994 in Kraft getretenen UN-Seerechtsübereinkommens wurde die Internationale Meeresbodenbehörde (ISA) zur Verwaltung des Meeresbodens in internationalen Gewässern gegründet. Seither verhandelt sie über ein Regelwerk, das wirtschaftliche Interessen mit dem Schutz der Meeresumwelt in Einklang bringen soll. Am 25. April 2025 kündigte US-Präsident Donald Trump per Dekret an, die Tiefseebergbau-Industrie zu stärken – mit dem Ziel, die Regeln der ISA zu umgehen. Kurz darauf reichte «The Metals Company» (TMC) als erstes Unternehmen einen Antrag bei der US-Behörde NOAA ein. Damit unterläuft TMC bewusst internationale Vereinbarungen und gefährdet das multilaterale System zum Schutz der Tiefsee. Riesige Maschinen drohen ein empfindliches Ökosystem unwiederbringlich zu zerstören. TMC ist zwar ein kanadisches Unternehmen, aber eng mit der Schweiz verknüpft: Die Allseas Group aus Châtel-Saint-Denis (FR) hält rund 20 % der Anteile, ist Hauptfinanzier und hat ein Schiff sowie ein Abbaugerät für TMC bereitgestellt.

¹ <https://www.schweizerischesseeschiffahrtsamt.eda.admin.ch/de/die-tiefsee-starker-schutz-der-umwelt-oder-kommerzieller-tiefseebergbau> / <https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=96138>



Auch der Zuger Rohstoffkonzern Glencore ist in das Geschäft involviert. Glencore war einer der ersten Investoren von TMC und hat sich die Abnahme von 50 Prozent der geförderten Metalle aus dem Pazifik vertraglich gesichert. Ein weiteres Beispiel ist der US-Konzern Transocean, der seit 2018 seinen Sitz in Steinhausen (ZG) hat. Transocean zählt zu den weltweit grössten Unternehmen im Bereich Offshore-Bohrungen und wurde durch die Katastrophe der Bohrplattform «Deepwater Horizon» bekannt. Der Konzern hat 2022 Anteile an Ocean Minerals LLC sowie 2023 an Global Sea Mineral Resources (GSR) übernommen. Auch GSR hat ein Tiefseeabbaugerät entwickelt. Als Teil des Deals stellt Transocean das Bohrschiff Olympia zur Verfügung, das für den kommerziellen Tiefseeabbau umgerüstet werden soll.

Die Schweiz – und der Kanton Zug als Standort international tätiger Konzerne – trägt Verantwortung dafür, dass wirtschaftliche Aktivitäten mit Umwelt- und Menschenrechtsstandards vereinbar sind.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Kenntnisse hat der Regierungsrat über die Beteiligung von im Kanton Zug ansässigen Unternehmen – insbesondere Glencore und Transocean – an Projekten des Tiefseebergbaus?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Tatsache, dass die Schweiz das internationale Moratorium gegen den Tiefseebergbau unterstützt, während im Kanton Zug ansässige Unternehmen dieses Moratorium gezielt unterlaufen wollen, um von dieser umstrittenen Praxis profitieren zu können? Welche Schritte unternimmt der Regierungsrat, um die Linie des Bundesrates zu unterstützen?
3. Der Stadtrat von Genf hat in einem Communiqué vom 8. Mai 2025 den Bundesrat aufgefordert, Allseas die Zusammenarbeit mit TMC zu untersagen. Ist der Zuger Regierungsrat bereit, sich einer solchen Forderung in Bezug auf Zuger Konzerne anzuschliessen und den Bundesrat ebenfalls zum Handeln aufzufordern – insbesondere angesichts der engen Verbindungen zwischen Zuger Unternehmen und dem umstrittenen Tiefseebergbau? Dies würde ein klares Bekenntnis der Schweiz zu ihren internationalen Verpflichtungen und zum globalen Umweltschutz darstellen.
4. Wie plant der Regierungsrat, die Transparenz und Rechenschaftspflicht von im Kanton Zug ansässigen Unternehmen bezüglich ihrer internationalen Aktivitäten zu verbessern – insbesondere in Bezug auf Umwelt- und Menschenrechtsaspekte?

Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung dieser Fragen.

Für die Alternative – die Grünen Zug

Konradin Franzini